

Von **Michaela Dudley**

Wie möchten wir als Angehörige der LGBTQ-Community in Zukunft leben? Wie wollen wir überhaupt die Gegenwart überleben? Sollten wir uns mit unseren Nischen und glamourösen Gettos zufriedengeben? Oder dürften wir ernsthaft in Erwägung ziehen, unsere Safe Spaces endlich auf das gesamte Gesellschaftsgebiet und kreuz und quer durch das Cyberuniversum auszuweiten? Und auf wen könnten wir uns verlassen, wenn die Sonntagsreden verhallen? Diese Fragen kommen nicht von ungefähr. Die Drohungen, denen wir zunehmend ausgesetzt sind, dürfen wir nicht verharmlosen.

Doch solche Kassandrarufer stoßen nicht überall auf Resonanz. Schon wenn ich damit anhebe, begegnen mir manche mit einem Schmunzeln, einem Seufzen oder sogar Stauen. „Eure Lage ist doch besser geworden“, beteuern einige Heteros, die uns vermeintlich nahe stehen. „Man sieht überall die Regenbogenflaggen. Ihr seid angekommen. Ihr sollt es auch mal genießen.“ – „Mensch, geh nicht immer auf die Barrikaden!“, ermahnen andere, Lesben oder Schwule. „Wenn wir das tun, rufen wir die Ewiggestrigen wieder auf den Plan. Und dann machen sie den Stimmenfang auf unseren Rücken.“

Als würden die das nicht schon jetzt tun. Hier eine Meldung mit Triggerwarnung: „Ich lehne jede Form von Homopropaganda und Frühsexualisierung ab. Wäre Homosexualität normal, wäre die Menschheit schon längst ausgestorben.“ Die Urheberin dieser Sprüche ist eine Zahnärztin aus Baden-Württemberg. Sie legt bissig nach: „Eine äußerst aggressive und lautstarke Minderheit dieser Personen möchte [...] ihre Lebensweise dominierend der Mehrheitsgesellschaft aufzwingen und wird dabei immer penetranter.“ Sie meint uns. Zum Schutz der Kinder werde sie die „Diktatur der Minderheiten“



Pride war immer politisch. Hier zieht der Dyke* March am Reichstag vorbei
Foto: Boillot/ snapshot/ SZ Photo

Wie wollen wir leben?

Der Christopher Street Day im Wahljahr ist unserer Autorin Anlass, über ihr Schwarzes und queeres Leben nachzudenken – und politische Ansprüche zu formulieren

nicht akzeptieren. Ihr eindeutig auf Pädophilie anspielendes Postulat wurde vor wenigen Tagen auf Facebook veröffentlicht. Das wäre nicht weiter relevant, wenn die Frau nicht wahrscheinlich in den nächsten Bundestag einziehen würde. Sie hat einen sicheren Listenplatz: für dieselbe Partei, deren maroder Schlachtkreuzer über eine Lesbe als Galionsfigur und als Rammsporn verfügt.

Breitseiten gegen das Bunte, Pinkwashing im braunen Sumpf, die interne Schmutzwäsche zum Trocknen raushängen? Nichts Neues beim Affentheater für Deutschland. Aber genau das birgt Gefahren in sich. Man gewöhnt sich an die „proletarischen“ Poltergeister im Parlament, wie man sich auch an Pegidist*innen, Quer-

denker*innen und Reichsbürger*innen gewöhnt hat, wie man sich an Begriffe wie „Schwuchtelbinde“ gewöhnt. Die Diktion und der Duktus der Demagogen waren immer, sind und bleiben menschenverachtend – und trotzdem fällt diese wüste Hetze kaum mehr auf.

Wir haben genug gelitten

Das Schicksal von Rudolf Brazda bezeugt, wie die Entmenslichung bereits mit dem Wort anfängt. Es zeigt auch, was der robuste Wille zum Widerstand erreichen kann. Brazda, der im KZ Buchenwald inhaftiert war, galt als der letzte Häftling, der den Rosa Winkel tragen musste. Er starb fast hundertjährig, 16 Jahre nach der überfälligen Abschaffung des Paragraphen 175.

Pride geht nicht ohne Politik, auch und gerade heutzutage. Wir haben Stimmen. Wir müssen sie an der Urne abgeben, wir müssen sie überall erheben. Denn wir können es uns weder leisten, der Empörung überdrüssig zu werden, noch, Angst davor zu haben, als Vertreter*innen der Cancel Culture geoutet zu werden.

Es sind die Homo- und Transphoben und die TERFs, die uns abkanzeln wollen. Gegen uns kämpfen sie mit harten Bandagen, sie freilich wollen mit Samthandschuhen angefasst werden, wenn wir Widerstand leisten. Dann inszenieren sie sich als Opfer progressiver, familienfeindlicher Machenschaften. Die Opferrolle sollten wir ihnen gerne überlassen.

Wir haben genug gelitten. Es ist Zeit, dass wir erhobenen Hauptes in Erscheinung treten und unsere Ansprüche geltend machen. Das heißt auch, mit den demokratischen Parteien Tacheles reden, wenn ein Kandidat für den CDU-Vorsitz Homosexualität reflexhaft mit Pädophilie in Zusammenhang bringt oder die SPD sich mehrheitlich weigert, das unwürdige Transsexuellengesetz abzuschaffen. Mit allen legitimen Mitteln müssen wir uns Gehör verschaffen.

Ich bin Jahrgang 1961. Im selben Jahr wurde in Berlin die Mauer gebaut. Ich allerdings erblickte das Licht der Welt im Schatten der Freiheitsstatue. Doch auch in den USA musste ich Mauern durchbrechen, Black und queer, wie ich bin. In meiner Jugend war alles politisch.

Aufbruchstimmung lag in der Luft, Tränengas auch. 1969, als Judy Garland über den Regenbogen ging, sah ich live im Farbfernsehen den Aufstand entlang der Christopher Street. Flüchtige Szenen. Noch nicht ahnend, dass eine Schwarze trans* Frau namens Marsha P. Johnson den ersten Stein von Stonewall warf. Gays mussten sich wehren. Pride war immer politisch. 1979 in San Francisco, am Anfang meiner Seefiziersausbildung, befand ich mich in einem tosenden Menschenmeer. Ein Doppelleben, ein Aufleben. Es war meine erste Pride-Parade. Wonne und Wutreden zugleich. Der Aktivist Harvey Milk war erschossen worden, die Aids/HIV-Krise brandete auf, Fundamentalist*innen dämonisierten uns. Wir mussten uns wehren. Pride war immer politisch. Mitte der 1980er im Jurastudium im Lande der unbegrenzten Freiheit erkannte ich das Ausmaß der strukturellen Diskriminierung gegen Gays, die damals leicht im Knast oder in der Klapse landen konnten. Wir mussten uns wehren. Denn Pride war immer politisch.

Jahrzehnte später setzte sich Präsident Obama, zögernd, für LGBTQ-Rechte, die gleichgeschlechtliche Ehe und den Schutz der Transgendere Soldat*innen, ein. Dann kam Trump, und mit ein paar Tweets und Dekreten warf er die mühsam erkämpften Rechte um ein halbes Jahrhundert zurück. Auch heute, nach seinem Abgang, zielen US-Republikaner*innen feindlich auf die Rechte von Transgenderjünglichen. In Europa, in Polen und Ungarn etwa, werden ähnliche Feldzüge geführt. Der Regenbogen wird überschattet, der Silberstreif am Horizont entpuppt sich als graue Wolke. Pride muss weiterhin politisch artikuliert werden. Weder die Visionen von Magnus Hirschfeld noch die Vorstöße von Marsha P. Johnson dürfen in Vergessenheit geraten.

Infos zur Autorin: www.diva-in-diversity.com

www.taz.de | anzeigen@taz.de | fon 030-25902314 | Impressum Redaktion: Stefan Hunglinger | Foto-Red.: Christian Jungeblodt | Anzeigen: Kerstin Noll, Tina Neuenhofen



LESBISCH? JA, AUCH.

Und Geliebte*. Und Partnerin*. Und so vieles mehr.

Die LAG Lesben in NRW vernetzt, organisiert und bewegt viel.  Landesarbeitsgemeinschaft **Lesben in NRW**

Interesse? www.lesben.nrw



Queere Emanzipation statt Regenbogenkapitalismus

Jetzt! DIE LINKE.



ICH SELBST &

ANDERS & GLEICH
LSBTIQ* IN NRW

Alle Menschen haben das gleiche Recht, in ihrem Geschlecht anerkannt zu werden. Mehr zum Thema geschlechtliche Vielfalt und LSBTIQ* Rechte unter www.aug.nrw



Mehr als 100 Menschen demonstrieren im Juni 2020 vor dem Reichstag in Berlin für ein Selbstbestimmungsrecht
Foto: M. Golejewski/AdoraPress

„Deutschland ist kein Vorbild“

Intimste Fragen über sexuelle Vorlieben hätten nichts in bürokratischen Verfahren zu suchen, sagt Kalle Hümpfner vom Bundesverband Trans*. Hümpfner hofft, dass der nächste Bundestag das „Transsexuellengesetz“ abschafft

Interview **Angela Frick**

taz: Kalle Hümpfner, der grüne Bundestagsabgeordnete Sven Lehmann spricht von Würdelosigkeit, Doris Achelwilm von der Linken fordert eine Entschädigung für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Die Rede ist vom Transsexuel-

lengesetz, kurz TSG. Was hat es damit auf sich?

Kalle Hümpfner: Das TSG regelt seit Anfang der Achtziger, wie trans* Personen ihren Vornamen und Geschlechtseintrag ändern können. Es greift massiv in ihr Leben ein und stand deshalb mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht. Bis 2011

mussten sich trans* Personen sterilisieren lassen, wenn sie einen Geschlechtseintrag ändern wollten; bis 2008 war es notwendig, sich scheiden zu lassen. Heute müssen trans* Personen noch immer zwei Gutachten einreichen, für welche sie private Details über ihre geschlechtliche Entwicklung of-

fenlegen und intimste Fragen über sexuelle Vorlieben beantworten müssen. Diese Übergriffigkeit hat nichts in einem bürokratischen Verfahren wie der Änderung des Geschlechtseintrags zu suchen.

Immer wieder wird Kritik laut, dass durch das TSG Trans*geschlechtlichkeit mit einer psychischen Krankheit gleichgesetzt wird.

Richtig. Schon vor Jahren wurde durch die Weltgesundheitsversammlung festgestellt, dass es falsch war, trans* als psychische Störung zu klassifizieren. Eine allgemeine Pathologisierung aufgrund der geschlechtlichen Identität, wie sie durch die TSG-Gutachten stattfindet, ist eine starke Stigmatisierung. Klar, es gibt trans* Personen, die Depressionen oder Angststörungen haben – allerdings oft in Folge von Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Gewalt. Durch die Pathologisierung herrscht trans* Personen gegenüber Skepsis; ihnen wird schnell unterstellt, sie würden sich Vorteile erschleichen oder Verbrechen begehen wollen – beispielsweise auch durch die Änderung des Geschlechtseintrags.

Warum nicht den Geschlechtseintrag komplett abschaffen?

Das ist eine spannende Frage, die 2017 im Zuge der Beratungen um die sogenannte dritte Option diskutiert wurde. Die Gesetzgebung entschied sich mit der Einführung des Eintrags ‚divers‘ für einen anderen Weg. Nun gibt es Stellenausschreibungen mit dem Kürzel m/w/d, und uns erreichen Anfragen, in denen sich Personen nach der sprachlichen Umsetzung einer geschlechtergerechten Anrede erkundigen. All diese Gespräche würden nicht geführt, wäre der Geschlechtseintrag abgeschafft und ein Vorschlag zu einem Selbstbestimmungsgesetz nicht debattiert worden.

Geschlechtliche Selbstbestimmung trifft Bürokratie – kann das gut gehen?

Letztlich soll es bei geschlechtlicher Selbstbestimmung darum gehen, dass Menschen dem Standesamt erklären können, was ihr passender Geschlechtseintrag ist. Es bräuchte keine Gutachten, Atteste oder sonstige Hürden. Aktuell ist im TSG ein Amtsgerichtsverfahren verankert, das zeitaufwen-

dig und sehr kostspielig ist. All das könnte durch einen simplen Verwaltungsakt ersetzt werden. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben das umgesetzt und gute Erfahrungen gemacht: Die Regelung hat einen positiven Effekt auf trans* Personen, fördert gesellschaftliche Teilhabe und empowert die Community.

Im Gegensatz dazu sind die Vorlagen zur TSG-Abschaffung und zur Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes im Mai dieses Jahres gescheitert.

Innerhalb der EU ist Deutschland in Sachen Trans*-Rechte kein Vorbild. Die Abschaffung des TSG wird seit mehreren Legislaturperioden verschleppt. Es scheint, in Deutschland herrsche eine Politik in Reaktion auf Beschlüsse durch das Bundesverfassungsgericht – welche wiederum auf Klagen von Inter*- und Trans*aktivist:innen zurückgehen. Die Regierung ergreift selbst keine Initiative. Es ist gut, dass es die Entwürfe der Grünen und der FDP für ein Selbstbestimmungsgesetz gab. Das Thema wurde im Bundestag besprochen und öffentliches Interesse geweckt. Allerdings waren es Vorschläge aus der Opposition, die aufgrund parteipolitischer Logik kaum eine Chance hatten, beschlossen zu werden.

Die SPD hisst zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Trans*-Feindlichkeit die Regenbogenflagge und stimmt zwei Tage später gegen die Vorschläge. Wie kommt das?

Zum Zeitpunkt der Abstimmung gab es einen Koalitionsvertrag, der die SPD-Bundestagsfraktion stark gebunden hat. Wir sehen das als Problem der Großen Koalition: Es ist unter Schwarz-Rot sehr schwierig, bei queeren Themen eine progressive Einigung zu erreichen.

Wäre das bei Schwarz-Grün anders?

Unsere Hoffnung ist, dass durch die Bildung einer neuen Regierung das Thema TSG nach oben auf die politische Agenda rückt. Bei Schwarz-Grün wird es davon abhängen, ob seitens der Grünen Druck aufgebaut wird, ein Selbstbestimmungsgesetz einzuführen, das diesen Namen auch verdient. Mittlerweile haben Abgeordnete aller demokratischen Parteien anerkannt, dass es ein neues Gesetz braucht. Ich befürchte dennoch, dass nach den Wahlen weiterhin die starken Widerstände innerhalb der Union gegen ein Selbstbestimmungsgesetz fortbestehen.

Nicht nur in AfD und Union ist die Rede von vermeintlichen Gender-Ideologien. Der Diskurs um Identitätspolitik suggeriert, dass queere Politik im Interesse einer akademisierten Elite, nicht aber der Arbeiter*innenklasse sei.

Es stimmt uns besorgt, dass es diese Diskussion in vielen Parteien gibt, sobald es um LGBTQIA+-Rechte geht. In der Debatte um Wolfgang Thierse in der SPD oder um Sahara Wagenknecht in der Linken werden ähnliche Diskurse wie auf rechter Seite bedient. Es ist sehr problematisch, dass hier keine Distanzierung von rechtspolitischen Begriffen und Annahmen stattfindet. Es ist ebenfalls erschreckend, wie salonfähig Aussagen sind, dass es sich bei Antidiskriminierungsmaßnahmen um Anliegen einer Elite handle oder sich Minderheiten diktatorisch einmischten. Es ist wichtig, verschiedene Diskriminierungsverhältnisse zusammenzudenken. Kämpfe gegen Rassismus, Queer-Feindlichkeit, Klassismus, Sexismus und viele weitere Diskriminierungsverhältnisse in unserer Gesellschaft sind miteinander verbunden. Queerpolitik kann daher nicht unabhängig von Sozialpolitik gedacht werden.



Foto: privat

Kalle Hümpfner Fachreferent, in für gesellschaftspolitische Arbeit beim Bundesverband Trans*. Studium der Politischen Psychologie in Belfast.

CSD ist jeden Tag. An manchen gibt es Demos

- 31.7. | Duisburg:** „Queeres Leben braucht Platz – vor Ort und im Grundgesetz“, 12 Uhr, Rathaus **Jena:** „Es geht immer weiter“, 12 Uhr, Westbhf. **Stuttgart:** „Schaffe, schaffe, bunter werden“, 14 Uhr, Böblinger Str. **Wiesbaden:** „Mutaubruch“, 13 Uhr, Warmer Damm **7.8. | Essen/Ruhr:** „Vielfalt wird Normalität!“, Anmeldung: csd@aidshilfe-essen.de, 13 Uhr, Varnhorststr. **Hamburg:** „Keep on fighting Together“, Raddemo, 12 Uhr, Jungfernstieg **Nürnberg:** „Queer Europe – Du hast die Wahl“, 12.15 Uhr, Richard-Wagner-Pl. **8.8. | Mainz:** „Sommerschwüle“, Raddemo, 14 Uhr, Fischtorpl. **14.8. | Braunschweig:** „Som-

- merloch“, 12 Uhr, Schlosspl. **Magdeburg:** „Ein flotter 3er für's Grundgesetz“, 12 Uhr, Alter Markt **Mannheim:** „Na K.L.A.R.“, Raddemo, 14 Uhr, Schloss **21.8. | Lübeck:** „Straße der Vielfalt“, 11 Uhr, Markt **Darmstadt:** „Wir kämpfen. Wir feiern. Zusammen.“, Infos folgen **28.8. | Bremen:** 12 Uhr, Altenwall **Münster:** Zeit folgt, Schlosspl. **29.8. | Köln:** Für Menschenrechte. Viele, gemeinsam, stark“, 12 Uhr, Bayernstr./ Ubiering **4.9. | Cottbus:** „Große Hürde Menschenwürde“, 15 Uhr, Ort folgt **18.9. | Weimar:** „Vielfalt in Thüringen“, 13 Uhr, Hbf. Für Rahmenprogramme und aktuelle Coronaregelungen bitte lokale Internetseiten beachten

REWE GROUP

Vielfalt macht — UNS AUS.

WWW.REWE-GROUP.COM

f t i n

Vielfältig, individuell und dabei immer mitten im Leben und nah an unseren Kund:innen: Die REWE Group.

Für uns sind Toleranz, Wertschätzung und Respekt zentrale Grundwerte. Sie machen uns vielfältig. Sie machen uns stark.

Beim Einkauf von Lebensmitteln, Heimwerker:innen- und Gartenbedarf, bei der Versorgung unterwegs oder bei Ihrem nächsten Urlaub sind wir jeden Tag ein Teil Ihrer Welt.

REWE nahkauf **PENNY.**

BILLA **ADEG** **BIPA**

Lekkerland

PENNY MARKET

toom!

Conway

DER TOURISTIK

Nach 40 Jahren Aids eine neue Option

Prep schützt gegen HIV. Obwohl Jens Spahn die Pille auf Druck demokratisiert hat, bestehen Hürden – besonders seit Corona

Von **Stefan Hochgesand**

Martin Viehweger wirkt für gewöhnlich wie ein ruhiger, besonnener Mensch. Doch in den letzten Monaten erlebte er in seiner Praxis etwas, das ihn aufzuregen scheint: „Zu uns kamen Menschen, die Schwierigkeiten hatten, von ihren vorigen Ärzt:innen Prep verschrieben zu bekommen“, erzählt der junge Arzt, der gemeinsam mit Elena Rodriguez seit Oktober 2020 die ViRo Praxis in Berlin-Neukölln betreibt. „Das finde ich hoch besorgniserregend“, sagt er, „wenn ärztliche Personen die Versorgung mit Prep verweigern – mit dem Argument, man dürfe während der Pandemie keinen Sex haben – und könne deshalb eine Pause mit der Prep einlegen.“

Aber noch mal einen Schritt zurück: Prep, was ist das eigentlich? Prep steht kurz für Präexpositionsprophylaxe: eine prophylaktische Arznei, die, bei täglicher Einnahme, vorbeugend verhindern soll, dass man sich mit dem HI-Virus infiziert. Prep besteht aus zwei von drei Bestandteilen eines Medikaments, das auch HIV-positive Menschen nehmen würden – um zu verhindern, dass Aids bei ihnen ausbricht.

Mittlerweile ist durch Studien sehr gut belegt, dass die Prep tatsächlich vor einer HIV-Infektion schützt. So gut, dass die Kosten für die Prep seit Septem-

ber 2019 auch in Deutschland von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden – bei Menschen mit erhöhtem Ansteckungsrisiko. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte sich persönlich bei den Kassen dafür eingesetzt, die rund 50 Euro pro Patient pro Monat zu bezahlen. Der Dank der queeren Community hält sich in Grenzen. Vergangene Woche schrieb der Lesben- und Schwulenverband: „Spahn lobt [...] seine gesundheitspolitischen Errungenschaften für die LSBTI Community. Die we-

„Nur auf massiven Druck der Zivilgesellschaft möglich“

nigen Errungenschaften, die es tatsächlich gab, waren jedoch nur auf massiven Druck der Zivilgesellschaft möglich.“

Doch immerhin: Prep ist für viele Menschen nunmehr eine Option. Bis 2017 kostete das Präparat (da das Patent des Originalherstellers noch nicht abgelaufen war) mehr als 800 Euro pro Monat, was den illegalen (Internet-)Markt beflügelte. Mittlerweile gibt es seriöse ärztliche Begleitung.

Doch nicht jede:r Ärzt:in darf die Prep verschreiben. Nur wer infektiolog:in ist oder Erfah-

rung in der Behandlung von HIV-Patient:innen vorweisen kann. Aber selbst dort treffen Menschen, die die Prep nehmen wollen, immer wieder auf Unverständnis.

„Manche Menschen wissen nicht, wo sie hingehen sollen“, sagt Martin Viehweger, „weil sie sich vorverurteilt fühlen von ärztlichen Personen. Obwohl die eigentlich neutral sein sollen. Aber das sind sie ganz oft nicht. Vor allem, wenn es um Sexualität und Identität geht. Und um schambesetzte Themen.“

Die Prep wird vor allem empfohlen bei Männern, die kondomlosen Sex mit Männern haben. Und bei Sexarbeitenden. „Man kann denen nicht sagen, zuhause zu bleiben. Die haben ja einen Job. Und die Nachfrage nach Bareback-Sex, also kondomlosem Sex, ist hoch“, sagt Martin Viehweger. „Und man bekommt dafür einen höheren Stundenlohn. Mit Prep können sie sich dabei schützen.“

Der Haken an der Sache: Prep schützt tatsächlich „nur“ vor HIV, jenem Virus, das, 1981, vor genau 40 Jahren, erstmals entdeckt, die Aids-Pandemie auslöste. Gegen andere sexuell übertragbare Krankheiten (Syphilis etwa, Hepatitis und Gonokokken) bringt die Prep nichts – weshalb Prep-Skeptiker:innen annehmen, durch die Verbreitung von Prep könnten andere sexuell übertragbare Krankheiten (wieder) zunehmen. Martin



Nicht nur schwule Männer haben sich für die Prep eingesetzt. Dyke* March 2021 Foto: T.Seeliger/snapshot

Viehweger sieht es differenziert: „Die meisten, die die Prep nehmen, kriegen mit, dass sie häufiger andere Geschlechtskrankheiten (STDs) haben. Es gibt da kein falsches Sicherheitsgefühl.“ Sowieso sind Prep-User:innen dazu verpflichtet, neben ihren Nierenwerten (die die Prep verschlechtern kann) auch alle drei bis sechs Monate Tests auf andere STDs machen zu lassen – was dazu führt, dass diese bei ihnen oft früher erkannt werden. Zumal man weiß, dass sich viele Menschen, die es nicht „müssen“, seit Corona deutlich weniger auf STDs testen lassen. „Die Prep allein macht ja nicht andere Geschlechtskrankheiten“, sagt Viehweger. „Es geht eher um die sexuelle Kultur, die sich liberalisiert – viel-

leicht mit häufiger wechselnden Sexualpartner:innen. Oder vielleicht auch in anderen riskanteren Situationen. Wenn ich drei, vier regelmäßige Fuck-Buddys habe, erhöht das das Risiko auf STDs womöglich deutlich weniger, als wenn ich auf eine Chemsex-Session gehe und dort mit vielen Menschen Sex habe.“

Da die ViRo Praxis von Martin Viehweger und Elena Rodriguez, die etwa ein Drittel Prep-Patient:innen hat, auch auf trans Menschen spezialisiert ist, haben sie natürlich auch Männer mit Vagina als Patienten. Da gilt es zu beachten, dass die Schleimhäute einer Vagina länger brauchen als Penis oder Anus, bis sie die Prep in schützendem Maße aufgenommen haben. Ein (von den Her-

stellern ohnehin nicht empfohlener) Einsatz „on demand“, also spontan vor Tagen mit Sex, wird da abermals schwieriger. Auch kommen in die ViRo Praxis immer wieder Menschen ohne Krankenversicherung. Dann arbeiten Viehweger und Rodriguez gemeinsam mit gemeinnützigen Organisationen wie dem Checkpoint am Neuköllner Hermannplatz oder auch mal mit der Stadtmission – um die Kosten für die Patient:innen niedrig zu halten. „Hier geht es um Public-Health-Fragen“, sagt Martin Viehweger. „Im Grunde wie bei Impfungen: Wir impfen Menschen, die gesund sind, um sie zu schützen und die Gesellschaft zu schützen. Und das ist die gleiche Frage, mit der wir an Prep rangehen.“

Dana Müller erwartet mehr lesbische Sichtbarkeit

Weg mit der Stiefkindadoption!

Homosexuelle können in Deutschland längst heiraten. Na bravo. Damit könnten wir in Anbetracht der anstehenden Bundestagswahl fröhlich meinen: Hey, alles easy, Homos dürfen den Bund der Ehe schließen, Diskriminierung beendet, nun stehen andere Themen auf der Tagesordnung.

In Berlin und Hessen gibt es sogar einen vom Land ausgelobten „Preis für Lesbische“ Sichtbarkeit“, allerdings stieß das nicht nur auf Wohlwollen. So kommentierte zum Beispiel Gunnar Schupelius 2018 die Einführung des Berliner Preises in der B.Z. mit den Worten: „Aber diese Diskriminierung ist offiziell schon beendet. Homosexuellen Menschen drohen heute formal keine Nachteile mehr. Dafür sorgt der Staat mit seinen Gesetzen, mehr kann er nicht tun.“

Falsch! Abgesehen davon, dass die Möglichkeit, seine monogame Zweierbeziehung staatlich legitimieren zu lassen, ein fragwürdiger Fortschritt ist, den Feministinnen einst als patriarchale Machtstruktur erkannten, sind deswegen noch längst nicht alle Ungerechtigkeiten abgebaut. Mit dem Ehescheinchen haben wir nicht einmal automatisch die gleichen Rechte gekauft. Denn während ein Kind, das in einer heterosexuellen Ehe geboren wird, laut Bürgerlichem Gesetzbuch automatisch einen rechtlichen Vater hat, egal ob der Ehemann tatsächlich biologisch verwandt ist oder nicht, wird in einer lesbischen Ehe die zweite Mutter nicht gesetzlich anerkannt. Sie muss das Kind mittels einer langwierigen Stiefkindadoption adoptieren!

Und bleiben wir beim Thema Kinderwunsch: Während der Staat grundsätzlich ein beachtliches Interesse an der Kinderwunschförderung hat, weil er sich damit Einzahlungen ins Sozialsystem und Steuereinnahmen verspricht, gilt das nicht für Lesben. Denn den Kassenärztlichen Zuschuss (je nach Krankenkasse und Verfahren zwischen 50 und 100 Prozent) erhalten nur verheiratete Heteropaare. Lesben sollen mal schön selbst schauen, wie sie das kostspielige Verfahren alleine stemmen.

Weiter geht es mit der Aufarbeitung der Gräueltaten im Nationalsozialismus. Während nach über 75 Jahren unterschiedliche verfolgte Gruppen ein offizielles Gedenken erhalten, war der Weg zu ei-

ner ersten Erinnerung an verfolgte und ermordete homosexuelle Frauen lang. Nach fast 40 Jahren Widerstand wird es nun 2022 im ehemaligen Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück zur Erinnerung an lesbische NS-Verfolgte eine Gedenkugel aus Keramik geben.

Im Übrigen mussten nach 1945 in der BRD lesbische Frauen bei einer heterosexuellen Scheidung um das Sorgerecht ihrer Kinder bangen. Zu diesem Ergebnis kam ein vom Land Rheinland-Pfalz beauftragtes Forschungsprojekt. Demnach stellen nur allzu oft Behörden das „Kindeswohl“ in Frage, wenn eine Frau ihren Ehepartner verließ, um danach lesbisch zu leben. Bis in die Neunzigerjahre hinein entzogen Gerichte lesbischen Müttern das Sorgerecht. Als kürzlich die Grünen im Bundestag aber einen Antrag auf eine bundesweite Studie zum Thema forderten, scheiterte das an den Stimmen von SPD, CDU und AfD. In Berlin hingegen hat die aktuelle rot-rot-grüne Landesregierung schon 2016 in ihren Koalitionsvertrag die Erhöhung der „lesbische Sichtbarkeit“ festgeschrieben, um lesbische Projekte stärker zu fördern und spezifische Diskriminierung abzubauen.

Wie wäre es, wenn die neue Bundesregierung neben all den bekannten Themen – Klimawandel, Rassismus, Armut et cetera – auch lesbische Belange mit in den Fokus rückte? In Berlin führte das schließlich unter anderem zum „Preis für Lesbische“ Sichtbarkeit“, der die jahrzehntelange Arbeit von Aktivistinnen würdigt.

Liebe zukünftige Bundesregierung, schaff endlich die unsägliche Stiefkindadoption für lesbische Paare ab! Damit ein Kind, das in einer gleichgeschlechtlichen Ehe geboren wird, eben auch rechtlich von Geburt an zwei Mütter hat. Und wenn ihr schon dabei seid, erweitert doch bitte die Unterstützung der Krankenkassen beim Kinderwunsch. Legt den Grundstein für ein bundesweites Gedenken an verfolgte Lesben. Und letztlich wird es höchste Zeit für eine Aufarbeitung und Entschädigung der jahrzehntelangen Diskriminierung von homosexuellen Müttern, die um das Sorgerecht ihrer Kinder bangen mussten. Liebe zukünftige Bundesregierung, vergiss die Lesben nicht!

Wir stehen für Vielfalt auf ganzer Strecke. Du auch?

Willkommen, Du passt zu uns.
deutschebahn.com/prideride
Einziganders.

*Der Mitarbeitende zeigt sich in seiner Freizeit als Drag Queen.

Vergesst die Fläche nicht!

Im ländlichen Raum und in Ostdeutschland mangelt es vielerorts an Strukturen für LGBTI. Um Diskriminierung und Hass abzubauen und queere Lebenswelten jenseits der Metropolen zu verbessern, sollte die Bundespolitik einen Rahmen für nachhaltige Projekte schaffen

Von **Marek Sancho Höhne**

Queere Perspektiven auf die Wahl gibt es viele, aber nur wenige werden ernsthaft einbezogen in politische Programme und Entscheidungen. Häufig fehlen intersektionale Perspektiven, beispielsweise jene aus dem ländlichen Raum, von ostdeutschen, älteren, sexarbeitslosen, migrantisierten oder jüdischen queeren Menschen.

Die meisten öffentlich wahrnehmbaren queeren Stimmen zu Wahlen orientieren sich an rechtlichen Forderungen wie die der vollständigen Gleichstellung homosexueller Paare bis hin zu dem simplen Recht auf Selbstbestimmung. Alle davon sind relevant, schaffen sie doch eine Grundlage für queere Menschen, ihr Leben selbstbestimmt, anerkannt und respektiert leben zu können. Dass das nicht selbstverständlich ist, ist vielen trans*, inter* oder auch anderen queeren Menschen leider nur zu bewusst, nicht aber gesamtgesellschaftlich angekommen. Denn pro forma sieht es doch so aus, als seien hierzu alle offen, wenn selbst konservative Politiker*innen verlauten lassen, sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung starkmachen, und Stadien in Regenbogenflaggen erleuchten zu wollen. Doch ging es dabei um eine rein symbolische Hand-



Corona brachte auch neue CSD-Formen: hier eine Fahrraddemo in Brandenburg Foto: Martin Müller/Imago

lung, um durch vermeintliche Homofreundlichkeit die eigene Überlegenheit gegenüber anderen Ländern zu verdeutlichen. Tatsächlich zeigte sich zuvor

eine ganz andere gesellschaftliche Stimmung, nämlich als die Entwürfe für ein Selbstbestimmungsgesetz, das unter anderem die Möglichkeit auf einen

nanzgesellschaft diskriminiert oder toleriert werden – gerade eben dann, wenn diese sich aufmachen, Anerkennung, Gleichberechtigung und Teilhabe einzufordern.

Stereotype und Vorurteile sind es, die den Nährboden schaffen für strukturelle und individuelle Diskriminierung und Gewalt. Das ist umso spürbarer, je isolierter ein Mensch lebt, je weniger erreichbar unterstützende Strukturen oder Menschen mit ähnlichen Erfahrun-

ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen und auch gerade in Ostdeutschland.

Denn diese Perspektiven fehlen oft völlig, wenn über queere Leben in Deutschland gesprochen wird. Dabei gibt es hier weit seltener gewachsene Strukturen, viele Nischen brachen mit der Wende weg und neue etablierten sich nur schwer. Zwar gibt es fast überall lokale Gruppen (siehe Kasten), die sich organisieren und sich einsetzen – gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen Antiromaistischen Rassismus, gegen Trans- und Interfeindlichkeit, gegen Homodiskriminierung, gegen rechts und für eine demokratische Kultur. Doch fehlt nicht selten der Rückhalt in der Bevölkerung, fehlt fast immer die Kontinuität. Und auch hier konzentriert es sich wieder auf die wenigen größeren Orte.

Auf den Dörfern fehlt oft jede Struktur. Mobilität kostet Geld und ist zugleich nicht selten verbunden mit Diskriminierungserfahrungen in öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese resultieren aus Vorbehalten, Angst und auch rechtem Hass. Dabei braucht es für so viele – beispielsweise ältere weiße trans* Menschen oder queere Migrant*innen, die in Geflüchtetenunterkünften leben müssen – im ländlichen Raum in Ostdeutschland oft erst einmal überhaupt einen Raum, einen Moment, um einfach sein zu können, durchzumachen, etwas „Normales“ zu tun, wie gemeinsam einen Tee zu trinken. (Sicher braucht es solches auch im Westen, Norden oder Süden, nur kenne ich mich dort mit den lokalen Gegebenheiten nicht aus.)

Zugleich braucht es Sensibilisierung, jahrelange Präsenz und eine beharrliche Thematisierung dessen, was unbequem ist. Dafür sind Kulturveranstaltungen, Räume für Austausch und politische Verständigung notwendig. Im letzten Jahr war ein Demokratiefördergesetz angedacht und scheiterte an der Union. Ob dieses Gesetz nun die Strukturen geschaffen hätte, die es braucht, können wir nur mutmaßen. Aber vielleicht wäre es ein Anfang gewesen, um nachhaltige, langfristige Projektstrukturen zu etablieren, die es so dringend braucht. Damit sich Lebenswelten auch jenseits der Metropolen und Gesetzeslagen ändern und um alltäglichen Diskriminierungen und Gewalterfahrungen etwas entgegenzusetzen.

Perspektiven aus dem Osten und dem ländlichen Raum fehlen

gen sind. Aber auch, je weniger antidiskriminierende Sensibilisierung es im Umfeld gibt. Um aber einer diskriminierenden Grundstimmung gegen Menschen, die abweichen von „normal“, etwas entgegenzusetzen zu können, müssen Menschen sich vernetzen können. Zugleich ist die Dominanzgesellschaft herausgefordert, sich in oft zähen und auch schmerzhaften Prozessen zu sensibilisieren. Dafür wiederum braucht es Strukturen und Ressourcen – gerade im



Creating Possible

Weltweit haben fast 13 Millionen Menschen mit HIV in Ländern mit niedrigem Einkommen Zugang zu einer Therapie von Gilead.* Unser Engagement für die HIV-Community geht aber weit über die Bereitstellung von Therapien hinaus: Richtig stolz sind wir darauf, der größte Unterstützer für Programme zur Bekämpfung von HIV/AIDS in den USA und die Nummer 2 weltweit zu sein. Damit Menschen mit HIV so leben können, wie sie möchten.

*Mit den meisten nicht-exklusiven freiwilligen Lizenzen für patentgeschützte Arzneimittel hat Gilead sein gesamtes patentiertes Portfolio für HIV/AIDS und virale Hepatitis lizenziert. Quelle: Access to Medicines Index 2021; Best Practice Gilead, bit.ly/quelle-gilead

Gilead Sciences GmbH
Fraunhoferstraße 17
82152 Martinsried
Tel.: +49 (0) 89 899 8900
HR München HRB 19375
Geschäftsführung: Dr. Bettina Bauer,
Brett Plethner, Andrew Dickinson

© 2021 Gilead Sciences, Inc.
DE-UNB-0197

GILEAD
Creating Possible

PRIDE ALLIANCE

Aktiv werden ...

... ist leichter als gedacht. Zum Beispiel könnte man die (queere) Zivilgesellschaft im Osten durch Mithilfe oder eine Spende unterstützen.

Die **Villa Kunterbündnis** in Güstrow etwa ist ein selbstorganisiertes Haus für und von Menschen jeden Alters und Herkunft. Dort gibt es Kinderbetreuung, einen Familientreff, Kreativität, Beratungen, Musik, Theater und mehr. Kontakt: karenlarisch@t-online.de.

Der **AK Antira** wiederum setzt sich in Magdeburg gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft ein. Kontakt: antiram@riseup.net

Gerede e. V. ist ein Dresdner Verein für Menschen mit vielfältigen Liebes- und Lebensweisen. Kontakt: kontakt@gerede-dresden.de

Der **Demokratiebahnhof** in Anklam ist ein selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum. Mitbestimmung steht hier im Mittelpunkt. Kontakt: demokratiebfh@posteo.de

... kann man auch bei der **Wahlstudie 2021**.

Welche Parteien werden Queers bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 wählen? Welche politischen und gesellschaftlichen Themen beschäftigen sie und welche Themen sind wahlentscheidend? Um diese Fragen zu beantworten, befragen Wissenschaftler*innen der **Justus-Liebig-Universität Gießen** in Kooperation mit dem **Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)** derzeit die queere Community. LGBTIQ sind eine gesellschaftliche Gruppe, die in den klassischen Wahlstudien in Deutschland bislang eher unter den Tisch fällt, schreibt das Forschungsteam unter Leitung der Politikwissenschaftlerin Dorothee de Nève. Das solle sich durch die Gießener Studien ändern. Seit dem 15. Juli und noch bis zum 15. August werden dafür queere Menschen in Deutschland online (surveys.hrz.uni-giessen.de/419248) befragt. Etwa danach, welche gesellschaftlichen und politischen Probleme am dringend zu lösen wären. Auch, wie wichtig ihnen Politiker*innen sind, die selbst geoutet sind, können Queers angeben. (sah)

Nach dem Zenit?

Für unseren Autor hat der CSD an gesellschaftlicher Ausstrahlung verloren – aus Gründen. Ein Erklärungsversuch

Von **Jan Feddersen**

Anders als beim Kampftag der Arbeiterklasse mit dem 1. Mai als zentralem Feiertag, anders auch als der Internationale Frauentag am 8. März, machen queere Leute in der CSD-Saison jeder viele Wochen auf sich aufmerksam. Eigentlich könnte der 28. Juni der global verabredete Termin sein, denn an jenem Tag begannen die Kämpfe von schwulen Männern vielerlei Hautfarben mit lesbischen Frauen, mancherlei Dragqueens und eigenen trans Menschen. Das war rund um die Bar Stonewall Inn in der Christopher Street im New Yorker Viertel Greenwich Village, als diese unsere Vorfahren sich gegen Polizeirazzien und, überhaupt, Nachstellungen überlebensgefährlicher Art wehrten. Militant, wie notiert wurde.

Das war, so will es die Selbstbeschreibung der queeren Historie, der Auftakt einer sozialkulturellen Bewegung von Menschen, die nicht mehr „Danke, dass wir wenigstens leben dürfen“ sagen. Und weil nicht nur in New York, Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt und München gefeiert werden sollte, sondern auch, wie etwa im Wendland, in kleineren Orten sich queere Menschen sichtbar machen wollen, ist es eben kein Feiertag – sondern eine ganze Saison rund um den CSD.

In Berlin gab es auf dem richtigen CSD, also dem mainstreamigen, die ersten öffentlichen Solidarisierungen mit den verfolgten polnischen LGBTI* Geschwistern, wurde die queere Bürgerrechtsorganisation Quarteera geehrt, ebenfalls aus Solidarität mit den osteuropäischen Geschwistern. Aber das ist lange her, eine mächtige Performance kriegt die queere Crowd wohl nicht mehr hin. Und das hat Gründe, die sich erklären lassen.

Der amerikanische Kolumnist Andrew Sullivan einfluss-

reicher in der LGBTI*-Community, dort drüben ist niemand sonst, schrieb im Mai in seinem Newsletter *The Weekly Dish* eine Kritik an der Exklusionspolitik des New Yorker CSD-Komitees. Kurz gesagt: Er beklagt den inzwischen wieder abgemilderten Versuch der Organisator*innen, den Paradeblock der Polizei zu canceln. Begründung: Die Polizei stehe für Gewalt, Rassismus und anderes Schlimmes – und dürfe nicht offiziell teilnehmen.

Das war obskur, so Sullivan, auch deshalb, weil gerade die queeren Teile der Behörde besonders auf Inklusion achteten, in ihr die Idee der Diversität besonders gefördert wird und entsprechend auch auf Bildern so aussieht. Schlussfolgerung des Autors: Die LGBTI*-Bewegung sei wieder (!) eine typisch linke, das heißt: selbsterfleischend, dauernd nach Haaren in der Suppe suchend. Warum wieder? 2015 erklärte der Supreme

Als Lesben und Schwule und trans und inter Personen sichtbar und inklusiv

Court in den USA die Ehe für alle für verfassungskonform, also die Entbiologisierung der Ehe. Ein monströser Erfolg, der ermöglicht wurde durch eine Allianz von links bis liberal-konservativ, bis in die Sphären der Republikaner hinein. CSDs – das waren einmal Manifestationen nicht der Identität, sondern der politischen Ansprüche, die gesellschaftlich und vor allem rechtlich zur Wahrheit kommen sollten. Es gibt in den USA noch viel Aversion und bei manchen auch Hass auf Nichtheteronormatives, aber diese Haltungen haben moralisch ihre Mehrheitsfähigkeit verloren.



Volker Beck steht für einen bürger(recht)lichen Ansatz. Hier am Kölner CSD 2007
Foto: Roberto Pfeil/ap

In Deutschland ist eine ähnliche Entwicklung zu registrieren. Die Ehe für alle, also der Bruch schlechthin mit deutsch-völkischen Vorstellungen vom Zusammenleben im Liebesbereich, wurde exakt vor vier Jahren beschlossen – und in zehntausendfachen Fällen konkret gelebt. Mit der Pointe, das nur maliziös nebenbei, dass sehr viele der eisigsten Ehemöglichkeits-Kritiker*innen aus dem queerfeministischen Spektrum inzwischen verheiratet sind mit ihren Liebsten. Aus rechtlichen Gründen – warum denn auch sonst.

Die CSDs sind womöglich, was die Fokussierung der Bewegung auf trans und Queerfragen (Schwules wird ja mehr und mehr als fundamental antiquarer verstanden) anbetrifft, deshalb kraftlos geworden, weil es an konkreten Zielen fehlt: Die Reform des Transsexuellengesetzes soll es sein? Okay, aber doch nicht so fundamental, wie die aktivistischen Vorschläge im Bundestag schon scheiterten.

Trans Aktivismus, und das ist der Unterschied zu den CSDs mit Aids-Aufklärung und bürgerrechtlichen Forderungen nach der Ehe für alle, hat kein Angebot zu machen, außer Opfer zu sein und zu klagen, dass die Verhältnisse alle noch sehr schlimm sind. Der trans Aktivismus rund um die CSDs weiß nicht, Menschen positiv für sich

einzunehmen, den Mainstream zu ‚verführen‘, mit ‚Liebe‘ zu locken, nicht mit Shitstorms bei Verletzung von szenearistischen Sprachcodes.

Deshalb ist die Berliner CSD-Kultur so konfus geworden. Weil die Bewegung eben an Kraft und gesellschaftlicher Ausstrahlung eingebüßt hat. Eine, sagen wir, 500.000-Menschen-Parade unter dem (mittlerweile auch als zwiespältig empfundenen) Zeichen des Regenbogens, bei der Gärtnerinnen aus Gatow, die Handwerkskammer, die Diversityabteilung der Deutschen Bank, Dykes und Lederkerle zusammen sind, wäre ein starkes Zeichen.

Menschen also, die nicht queeristischen Zirkeln dauernd leben, sondern ein für sie normales Leben führen wollen. Ohne politischen Daueranspruch, aber als Lesben und Schwule und trans und inter Personen sichtbar: echt inklusiv also, andere aushaltend, auch wenn man sie doof findet, etwa Fettschleute bei manchen oder queere Familien in den Augen von Hardcorehomos aller Geschlechter.

Wie das geht, zeigte kürzlich ein CSD in der Provinz, im Wendland. Einst stockkonservativ, durch die Anti-Akw-Bewegung und viele Neuankommlinge aus den Metropolen (die

sich nicht als Kolonialist*innen verstehen, aber durchaus diesen schönen Flecken an der Elbe aufgefrischt haben, zur inzwischen starken Zufriedenheit vieler Ureinwohner) eine Art Toskana des Nordens geworden: Dort gab es einen CSD, der alles Mögliche war und alle inkludierte. In der Provinz – lebt dort womöglich am kräftigsten der alte Stone-wall-Geist: Zeigen wir uns – und verstecken wir uns nie mehr im „Schrank“?

Provinz-Paraden gibt es auch in Neubrandenburg: am 14. 8., 13 Uhr, Marktplatz, und in Landshut: am 25. 9., 15 Uhr, Ringelstecherwiese

lokalpolitik

Wenn ich mir was wünschen dürfte

Der Filmemacher Popo Fan ist in China aufgewachsen. Er weiß, was die nächste Bundesregierung für diskriminierte LGBTI in anderen Ländern tun kann

Die nächste deutsche Regierung kann in drei Punkten die LGBTI-Situation in anderen Ländern verbessern.

Erstens sollte die Bundesregierung ungleich behandelten LSBTI bei der Universal Periodic Review (UPR) des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen eine Stimme geben. Mit diesem Mechanismus kann eine Regierung eine andere Regierung in Bezug auf Menschenrechte verantwortlich halten.

Meine zweite Idee ist, dass die deutschen Botschaften bei der Finanzierung lokaler LGBTI-Organisationen in verschiedenen Ländern helfen können. Sie können denjenigen Organisationen Ressourcen zur Verfügung stellen, die keine Finanzierung von ihren eigenen Regierungen erhalten oder Schwierigkeiten haben, Mittel aus ihrer eigenen Community zu beschaffen. Kulturinstitutionen wie das Goethe-Institut können lokalen LGBTI-Communities einen Raum bieten, in dem diese Filmvorführungen, Kunstausstellungen oder Vorträge wahrnehmen können. Denn solche Institutionen haben meist eine bessere Position als unabhängige Kulturräume oder Kinos im eigenen Land. Mein letzter, aber nicht weniger bedeutsamer Punkt ist, dass die Regierung queerer Diaspora-Gruppen in Deutschland helfen sollte. Das bedeutet, sie zu finanzieren, ihnen Raum

und Unterstützung zu geben. Quartiera zum Beispiel ist eine russischsprachige LGBTI-Gruppe in Deutschland, die den Marzahn Pride veranstaltet. Quartiera bietet darüber hinaus viele Aktivitäten an und setzt sich politisch für die russischsprachige Community ein. Das ist sehr hilfreich, da dies auch Auswirkungen auf LGBTI-Situationen innerhalb Russlands hat. In den Diaspora-Communities sind viele Menschen aktiv, die nach Deutschland gekommen sind, weil sie im eigenen Land keinen Platz hatten, aber dennoch sehr gut mit den Communities dort verbunden sind. Zum Beispiel mein eigener Fall: Ich bin 2017 nach Deutschland gezogen, aber ich helfe immer noch bei der Organisation des Queer Film Festivals in Peking mit und finde, dass Künstler*innen und Aktivist*innen wie ich viel mehr Unterstützung verdienen, als wir bis jetzt haben.

Popo Fan, geboren 1985 im chinesischen Shandong, ist Filmemacher, Autor und Aktivist. Seine Filme, u. a. Chinese Closet (2009), Mama Rainbow (2012), Papa Rainbow (2016), thematisieren das queere Leben in China. 2012 verließ das Hong Kong Gay & Lesbian Film Festival Fan den Prism Award für seine Bemühungen um die Gleichberechtigung und Darstellung von LGBTIs im Film. Fan lebt in Berlin. Weitere Informationen auf www.popofan.net



Außen gelb,

innen bunt.



WEIL WIR DICH LIEBEN.

Wir lieben Vielfalt und das ist bei uns keine leere Phrase. Seit über zehn Jahren engagieren wir uns in unserem eigenen LGBTI*-Netzwerk, aber auch in anderen Verbänden und Projekten.

BVG.de